

V-1 Berlin zukunftsfähig machen: Klimaresistenz stärken und Lebensqualität für alle Berliner*innen nachhaltig verbessern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Oberste Bündnisgrüne Priorität ist es, die menschengemachte Klimakrise schnell
2 und effektiv einzudämmen. Gleichzeitig haben sich aber bereits jetzt klimatische
3 Veränderungen eingestellt, die uns vor massive Herausforderungen stellen und
4 klimaangepasste Maßnahmen erfordern. Es gibt zu wenig kühle grüne Erholungsräume
5 in der Stadt, unsere Bäume verdursten aufgrund von immer häufiger auftretenden
6 Dürrejahre, das Wasser schwindet und die Zahl der Hitzetoten steigt stetig an.
7 Es gibt also dringenden Handlungsbedarf - insbesondere in den mehrfach durch
8 Verdichtung, fehlendem Grün und hohe Verkehrsdichte belastete Gebieten.

9 Wir Bündnisgrünen haben in den vergangenen Jahren im Land und in den Bezirken
10 den Weg hin zu einer klimaresilienten Stadt eingeschlagen. Die schwarz-rote
11 Koalition darf nicht weiterhin eine Klimabremse sein, sondern muss den Pfad
12 wieder aufnehmen. Und wenn die schwarz-rote Koalition nicht handelt, müssen die
13 Berliner*innen selbst es in die Hand nehmen. Als Bündnis 90/Die Grünen begrüßen
14 und unterstützen wir deshalb das Volksbegehren BäumePlus-Gesetz der Initiative
15 Baumentscheid.

16 Das von der Initiative vorgelegte Gesetz zeigt einen Weg auf, Berlin
17 klimaresistent umzugestalten und die Lebensqualität der Berliner*innen
18 nachhaltig zu verbessern. Es sieht eine gezielte Kühlung der Stadt mittels
19 Bäumen, Grünflächen, Wassermanagement und Kühlinseln vor. So soll die Anzahl der
20 im Stadtgebiet zu pflanzenden Bäume erheblich erweitert und hierfür die
21 vielfältigen Nutzungsansprüche im öffentlichen Stadtraum zugunsten der
22 Klimaanpassung priorisiert werden. Diese Maßnahmen der Entsiegelung und
23 Begrünung sollen mit einer Förderung der Biodiversität und des Artenschutzes in
24 der Stadt verbunden werden. Der Gesetzentwurf berücksichtigt auch die sozialen
25 Aspekte der Betroffenheit vom Klimawandel und orientiert sich dabei am
26 Umweltgerechtigkeitsatlas, der Gebiete in unserer Stadt ausweist, die von
27 gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen besonders betroffen sind und einmal
28 mehr deutlich macht, dass Menschen mit geringen Einkommen vom Klimawandel
29 besonders betroffen sind. Wir halten es für wichtig und richtig, dass mit

30 Maßnahmen der Klimaanpassung insbesondere die Lebensqualität und der
31 Gesundheitsschutz in den besonders durch Verdichtung, fehlendes Grün und
32 Verkehrsbelastung betroffenen Kieze verbessert werden und begrüßen diese
33 Fokussierung. Das BäumePlus-Gesetz liegt außerdem auf der Linie des kürzlich auf
34 europäischer Ebene beschlossenen Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur und
35 hat auch aus diesem Grund eine besondere Aktualität und Berechtigung.

V-2 Für eine risikobewusste Kooperation mit China in Berlin!

Gremium: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 27.03.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Die Volksrepublik China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner und ein
2 Wettbewerber. Die Zusammenarbeit mit China ist essentiell für die globalen
3 Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise. Darüber hinaus existieren zahlreiche
4 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Universitäten sowie
5 Kultureinrichtungen. Für Berlin ist China der zweitgrößte Handelspartner. Das
6 Land Berlin ist seit April 2018 mit einer Wirtschaftsvertretung, dem "Business
7 Liaison Desk China" in Peking vertreten und seit 1994 unterhält die Stadt Berlin
8 eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Peking. 2024 steht im Zeichen des 30-
9 jährigen Jubiläums dieser Partnerschaft.

10 Gleichzeitig ist China für Deutschland auch systemischer Rivale. In den letzten
11 30 Jahren seit Abschluss der Berliner Partnerschaft mit Beijing wurde die
12 chinesische Innenpolitik immer autoritärer und Chinas Außenpolitik zunehmend
13 aggressiver. Die Volksrepublik richtet ihre Kooperationsbeziehungen so aus, dass
14 sie selbst in strategisch wichtigen Bereichen immer unabhängiger wird, während
15 ihre Partner immer abhängiger von ihr werden. Erzwungener Technologietransfer
16 dient, unter anderem, der Marktverdrängung von wirtschaftlichen Wettbewerbern.
17 Auch lokale Kooperationskanäle in Wirtschaft, Forschung und Kultur werden von
18 der chinesischen Regierung explizit dazu genutzt, um ihre politische Agenda
19 durchzusetzen.

20 Lange haben Naivität und die bewusste Priorisierung von intensiven
21 Handelsbeziehungen die deutsche Chinapolitik dominiert. Eine offizielle
22 Kurskorrektur erfolgte auf Bundesebene erstmalig 2023 mit der China-Strategie
23 der Bundesregierung. Auch auf Landes- und Bezirksebene muss ein risikobewusster,
24 strategischer Umgang mit chinesischen Partnern Einzug halten, um wirtschaftliche
25 und politische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Aktivist*innen in
26 Berlin zu schützen. Sogenannte subnationale Verflechtungen auf landes- und
27 bezirkspolitischer Ebene sind bisher ein politischer blinder Fleck. Dem möchten
28 wir entgegenwirken.

29 **FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE EINSTEHEN**

30 Ein weltoffenes, demokratisches Berlin muss bei seiner Kooperation mit China für
31 Menschenrechte einstehen. Der Regierende Bürgermeister und der Berliner Senat
32 dürfen die Menschenrechtsverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)
33 nicht ignorieren. In Berlin kommt es immer wieder zu Fällen von Einschüchterung
34 und Bedrohung von Regimekritiker*innen. Der Schutz von
35 Menschenrechtsverteidiger*innen und Unterstützer*innen der chinesischen
36 Demokratiebewegung muss Priorität haben. Deswegen sollte Berlin bei der
37 Bekämpfung von transnationaler Repression bundesweit eine Vorreiterrolle
38 einnehmen.

- 39 • Der Berliner Senat sollte in seiner Kommunikation zur Städtepartnerschaft
40 mit Peking stets auf die Menschenrechtslage in China hinweisen. Dies tut
41 z.B. Köln – ebenfalls Partnerstadt von Peking – auf seiner Website.

- 42 • Der Regierende Bürgermeister sollte sich regelmäßig (mind. einmal pro
43 Jahr) und öffentlichkeitswirksam mit NGOs, die sich mit
44 Menschenrechtsfragen zu China beschäftigen, treffen, um sich über die
45 Menschenrechtslage in Peking/China zu informieren (siehe Köln).

- 46 • Bei Reisen der Senatsspitze nach China sollten China-Expert*innen und
47 Menschenrechts-NGOs vorab informiert und konsultiert werden (siehe Köln).

- 48 • Der Berliner Senat sollte die Staatsschutz-Stelle des LKA oder das
49 Berliner Landesamt für Verfassungsschutz finanziell ausstatten, um Fälle
50 transnationaler Repression besser zu erfassen und zu bekämpfen.

51 Außerdem sollte sich Berlin solidarisch an die Seite derjenigen Länder, Städte
52 und Regionen stellen, die von China außenpolitisch bedroht und deren
53 demokratische Systeme von China destabilisiert werden. Dies betrifft neben den
54 chinesischen Drohgebärden im südchinesischen Meer auch wirtschaftliche
55 Zwangsmaßnahmen gegen Staaten wie Litauen und Australien und den Widerstand
56 Chinas gegen eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Taipei. Insbesondere
57 gilt dies aber für die Destabilisierung des demokratischen Taiwan. Das Land
58 Berlin muss deutlich machen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwan-
59 Straße nicht gegen den Willen der Menschen in Taiwan erfolgen darf.

- 60 • Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus sollten den Austausch zu
61 anderen Städten und Regionen suchen, in Deutschland und weltweit, die sich
62 chinesischen Drohungen und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sehen, und sich
63 solidarisch positionieren.

- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- Der Berliner Senat, das AGH und die Bezirke sollten im Rahmen der deutschen Ein-China-Politik einen engen Austausch mit Städten, Gemeinden und Landkreisen in Taiwan sowie der taiwanesischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft anstreben. Dies beinhaltet den Abschluss neuer Partnerschaften mit Counterparts in Taiwan

69

WIRTSCHAFTLICHE RISIKEN MINIMIEREN

70 Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Berlin
71 einerseits sowie China andererseits haben in manchen Bereichen zu einseitigen
72 Abhängigkeiten geführt, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische
73 und gesellschaftliche Risiken bergen. Das wird insbesondere im Automobilsektor
74 oder auch bei Komponenten für die Energiewende wie etwa Batterien, Solarmodulen,
75 Mikrochips und Seltenen Erden deutlich. In einigen Fällen besteht die Gefahr von
76 Technologietransfers, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Um
77 unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz zu stärken, bedarf es deshalb
78 einer klaren Strategie zur Risikominimierung, die nicht allein den Unternehmen
79 überlassen werden darf. Nicht jede Investition in oder Handel mit China ist
80 systemkritisch oder erhöht unsere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit.
81 Durchaus sinnvoll ist es jedoch, strategische Bereiche gemeinsam zu
82 identifizieren, die zu einseitigen Abhängigkeiten oder zu einem handfesten
83 Sicherheitsrisiko für Deutschland werden können, insbesondere im Bereich der
84 kritischen Infrastruktur, der Gesundheit oder bei Dual-Use-Gütern. Solche
85 strategischen Abhängigkeiten müssen systematisch abgebaut werden, auch durch
86 eine gezielte Diversifizierung der Berliner Außenhandelsbeziehungen.

- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- Ein Sachverständigenrat, der sich aus Expert*innen, Vertreter*innen von Ministerien und Parlament, der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden zusammensetzt, könnte ein erster Schritt sein, um das Thema breit zu verankern und zu diskutieren und gemeinsam statt gegeneinander einen einheitlichen Umgang zur weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China zu etablieren.
- 93
- Eine Strategie zur Minimierung des Risikos einseitiger Abhängigkeiten von China muss auch alternative Märkte und Anreize für Unternehmen anbieten. Daher sollte Berlin mittelfristig seine Aktivitäten im Rahmen des "Berlin Business Desk China" zurückfahren und die Kategorisierung von China als eines von zehn Zielländern für die Berliner Akteure der Internationalen Wirtschaftskooperation auf den Prüfstand stellen. Stattdessen sollten das Land Berlin und die Berliner Bezirke Unternehmen gezielt dabei unterstützen, ihre Außenhandelsbeziehungen zu diversifizieren. Dafür sollten relevante Länder u.a. im Indopazifik-Raum als neue Zielländer der Berliner Wirtschaftskooperation definiert werden und neue Business Desks
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102

103 in relevanten Märkten aufgebaut werden.

104 • Um die eigene wirtschaftliche Stärke und Resilienz zu fördern, sind ein
105 attraktives Investitionsklima sowie Innovation und positive
106 Forschungsbedingungen entscheidend. Hier sollte Berlin zeigen, dass es in
107 der Lage ist, wichtige Industrien vor Ort zu halten und zu fördern.

108 • Das Land Berlin sollte seine öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass
109 die genannten strategischen Überlegungen, soziale und ökologische Fragen
110 sowie menschenrechtliche Bedenken berücksichtigt werde. Dies betrifft
111 explizit auch alle Beschaffungen die im Zusammenhang mit der
112 Digitalisierung der Verwaltung stehen.

113 **FORSCHUNG & AUSBILDUNG UNABHÄNGIG MACHEN**

114 China-Expertise wird von der Politik bis hin zu Wirtschaft und Wissenschaft oft
115 beschworen, muss jedoch auch gefördert und strategisch aufgebaut werden. Wir
116 brauchen dazu vor allem junge Menschen, die Chinesisch lernen, Aufenthalte in
117 China absolvieren, das Land und die Kultur kennenlernen. Dies ist ein wichtiger
118 Beitrag zur kulturellen Verständigung und Annäherung. Gleichzeitig ist
119 unabhängige China-Expertise unabdingbar, um aktuelle Entwicklungen in China zu
120 analysieren und einzuordnen, problematische Trends zu identifizieren und die
121 Politik zu beraten. Die risikobehaftete Beziehung zur Volksrepublik muss so
122 gesteuert werden, dass illegitime Aktivitäten der KPCh erkannt und angegangen
123 werden.

124 • Zu diesem Zweck sind unabhängige China-Forschung, Sprach- und
125 Austauschprogramme erforderlich. Sprachkurse und Austauschprogramme müssen
126 unabhängig von chinesischen Trägern absolviert werden können, um die
127 politische Unabhängigkeit zu gewährleisten.

128 Darüber hinaus unterhalten Berliner Universitäten und Hochschulen
129 Kooperationsprojekte mit Institutionen in China. Diese können dem Gewinn neuer
130 wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen und im beidseitigen Interesse sein.
131 Allerdings nutzt die chinesische Regierung solche Forschungsk Kooperationen auch
132 für Wissenstransfers zu Chinas Gunsten und für technologische Fortschritte in
133 kritischen - auch militärischen - Bereichen. Kooperationen von Berliner
134 Wissenschaftseinrichtungen mit Institutionen in China dürfen nicht zu
135 Technologietransfers in kritischen Bereichen führen.

- 136 • Forschungseinrichtungen sollten das finanzielle Ausmaß, das von
137 chinesischer Seite über Kooperationen getragen wird, transparent machen
138 und ins Verhältnis zur Gesamtfinanzierung sowie anderweitiger
139 Drittmittelfinanzierung zu stellen.

- 140 • Der Berliner Senat sollte Universitäten bei Kooperationen mit autoritären
141 Regimen wie China zu maximaler Transparenz verpflichten. Sämtliche
142 Kooperationen - finanzieller und nicht finanzieller Natur - sollten
143 zentral erfasst werden.

- 144 • Der Berliner Senat sollte Berliner Wissenschaftseinrichtungen
145 verpflichten, zentrale Stellen einzurichten, welche potentielle
146 Kooperationen mit autoritären Regimen wie China vor deren Beginn
147 überprüfen - insbesondere in Hinblick auf kritische Technologien.

- 148 • Der Berliner Senat sollte außerdem auf Berliner Universitäten
149 sensibilisieren, ihre bestehenden Kooperationen mit problematischen
150 parteistaatlichen oder staatsnahen Organisationen Chinas zu beenden.

- 151 • Dazu gehört insbesondere die Rolle des Konfuzius-Instituts an der Freien
152 Universität Berlin. Konfuzius-Institute sind Teil der Einheitsfront-
153 Strategie der Kommunistischen Partei. In der Vergangenheit sind an
154 deutschen Konfuzius-Instituten Fälle von Selbstzensur aufgetreten,
155 kritische Veranstaltungen finden quasi nicht statt. Berliner Universitäten
156 sollten einer solchen Institution keine Legitimität durch Kooperation
157 verleihen, Konfuzius-Institute sollten universitätsunabhängig organisiert
158 werden.

- 159 • Berliner Universitäten sollten mittelfristig vom China Scholarship Council
160 (CSC) finanzierte Doktorand*innen nicht weiter beschäftigen. Der Berliner
161 Senat sollte gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen Strategien zur
162 alternativen Finanzierung des potentiellen Doktorand*innenpools
163 erarbeiten. Die Rückkehrpflicht der CSC-Stipendiat*innen nach China ist
164 aufgrund des Technologietransferrisikos (u.a) problematisch. Sie sind
165 vertraglich dazu verpflichtet, der chinesischen Botschaft über ihre
166 Aktivitäten zu berichten. Dies führt zu einem hohen Risiko hinsichtlich
167 des Abflusses von Wissen zu kritischen Technologien sowie Spionage-
168 Aktivitäten für chinesische Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig geraten
169 Universitäten durch die hohe Anzahl an chinesischen Stipendiat*innen in
170 problematische Abhängigkeitsverhältnisse (aktuell studieren allein an der

171 FU Berlin mehr als 500 durch den CSC finanzierte Doktorand*innen; dies ist
172 bei der FU vertraglich mit dem CSC verankert).

173 **SENSIBILISIEREN & EXPERTISE ZUGÄNLICH MACHEN**

174 Kooperationsgeflechte mit China finden sich breitgefächert in Forschung,
175 Wirtschaft und Kultur. An den entsprechenden Stellschrauben bedarf es der
176 weiteren Sensibilisierung von Bezirks- sowie Senatsmitarbeiter*innen im Umgang
177 mit ihren chinesischen Partnern.

- 178 • Mitarbeiter*innen in den Bezirken, im Senat und in Berliner
179 Forschungseinrichtungen sollten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit
180 chinesischen Pendants sensibilisiert und geschult werden. Ein sinnvoller
181 Anknüpfungspunkt ist hier die Ausbildung vor dem Antritt des
182 Arbeitsverhältnisses, unter anderem in den Beamtenhochschulen. Wir
183 empfehlen eine solche Sensibilisierung grundsätzlich für den Umgang mit
184 autoritären Staaten.

- 185 • Hierfür ist es wichtig, Best Practices zu sammeln und in entsprechenden
186 Lehrformaten zu vermitteln. Hier bietet sich die Einrichtung eines "China-
187 Desk" als eigenständige Einheit aufgehoben im Senat, aber unabhängig von
188 den einzelnen Senatsverwaltungen an, wo potentielle Fälle der
189 Einflussnahme oder anderweitiger illegitimer Aktivitäten wie
190 Spionageversuche, Propaganda und repressives Verhalten sowie
191 Einschränkungen bei der unabhängigen Veröffentlichung in
192 wissenschaftlichen Publikationen gemeldet werden können.

- 193 • Ein solches China-Desk könnte ebenfalls als Expertisehub für die
194 Verwaltungsmitarbeiter*innen dienen, wo China-Expertise von Sinolog*innen,
195 Politikwissenschaftler*innen, Jurist*innen und
196 Wirtschaftswissenschaftler*innen gebündelt wird. Es sollte für alle
197 Senatsverwaltungen eine Konsultationsempfehlung mit dem China-Desk
198 ausgesprochen werden. Über eine solche Konsultationsempfehlung hinaus
199 sollte das China-Desk anhand einer "Open-Door-Policy" arbeiten - bei
200 Zweifeln sollten Mitarbeiter*innen aus den Bezirken sowie den
201 Senatsverwaltungen explizit angehalten werden, jederzeit an die
202 Expert*innen des Desks heranzutreten. Jene Dienste sollen explizit auch
203 für Vereine und Firmen in Berlin geöffnet werden.

- 204 • Eine solche dezidierte Stelle sollte Anfragen von chinesischer Seite

205 bündeln, koordinieren und gemeinsam beantworten. Ein Beispiel hierfür ist
206 die Hansestadt Hamburg, wo jede chinesische Anfrage von einer Behörde
207 gesammelt und koordiniert wird, um so sicherzustellen, dass der Hamburger
208 Senat eine einheitliche Antwort gibt.

209 **VERNETZUNG ZWISCHEN LÄNDERN UND KOMMUNEN FÖRDERN**

210 Die 2023 entwickelte China-Strategie der Bundesregierung war ein großer und
211 wichtiger Schritt auf bundespolitischer Ebene. Ein entscheidender Teil der
212 Umsetzung dieser Strategie hat jedoch auf Landes-, Bezirks- sowie Kommunalebene
213 zu erfolgen. Hier lässt sich leider beobachten, dass ein Mangel an Koordination
214 unter Ländern und Kommunen zu einer risikoerhöhenden Konkurrenzsituationen um
215 chinesische Investitionen und Kooperationsmöglichkeiten führt. Die chinesischen
216 Behörden nutzen dies ganz bewusst, indem Anfragen und Ansuchen an mehrere
217 Landes- und Kommunalbehörden geschickt werden und somit künstlich die
218 Konkurrenzsituation noch angeheizt wird. Dadurch wird gleichzeitig auch das
219 Ausmaß subversiver Aktivitäten oftmals nicht deutlich, da sich Länder, Kommunen,
220 aber auch entsprechende Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene nicht
221 ausreichend über ihre Erfahrungen austauschen. Aus solchen Erfahrungen lassen
222 sich jedoch Strategien entwickeln. Gerade für kleinere Kommunen, wo es
223 schwieriger ist, dezidierte China-Kompetenz in den eigenen Strukturen zu
224 verankern, ist ein Austausch mit größeren und ressourcenstärkeren Kommunen
225 entscheidend.

226 • Wie oben erwähnt, sollte ein neu eingerichtetes China-Desk entsprechende
227 Anfragen aus Bezirken und Senat bündeln. Bis dahin sollten grün-geführte
228 Bezirke mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Erfahrungen austauschen.
229 Hierfür könnten Arbeitsgruppen gebildet werden.

230 • Berlin sollte als Vorreiter den Austausch unter den Landesregierungen
231 suchen, fördern und an der Systematisierung und Verstetigung in den
232 geeigneten Foren arbeiten. In bestehenden Foren im bundesdeutschen,
233 europäischen und internationalen Kontext sollte Berlin das Thema China
234 immer wieder auf die Tagesordnung bringen und proaktiv eigene Best-
235 Practices und Erfahrungen aus dem Senat und den Bezirken mit anderen
236 Ländern und Kommunen teilen. Berlin sollte explizit auf andere
237 Bundesländer und Kommunen (auch im Ausland) zugehen, die an einer
238 Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit mit China arbeiten.

239 • Berlin sollte sich für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums analog zum
240 niederländischen „China Knowledge Network“ einsetzen, das die Kommunal-
241 und Städteverwaltungen in ihren Beziehungen zu China unterstützt. Hier

242 könnten man auch auf niederländische Partner*innen zugehen und explizit
243 den Austausch suchen.

Begründung

Bei Bedarf können wir Quellenangaben nachreichen.

V-3 Für eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik

Gremium: LAG Digitales und Netzpolitik
Beschlussdatum: 30.09.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Landesausschuss fordert die Mitglieder des Bundestags von BÜNDNIS 90/DIE
2 GRÜNEN Landesverband Berlin auf, für eine vorausschauende, evidenzbasierte und
3 grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik zu sorgen. Die Eingriffe
4 des Staates in die bürgerlichen Freiheitsrechte müssen stets gut begründet und in
5 ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden. Flächendeckende Videoüberwachung und den
6 Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen sie ab. Das
7 Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet wird durch
8 sie verteidigt.

9 Allgemeine Überwachungspflichten, Maßnahmen zum Scannen privater Kommunikation
10 und eine Identifizierungspflicht lehnen sie ab. Gemeinsam mit den Ländern soll
11 die Sicherheitsarchitektur in Deutschland einer Gesamtbetrachtung unterzogen und
12 die Zusammenarbeit der Institutionen für die Sicherheit der Menschen effektiver
13 und wirksamer gestaltet werden.

14 Den Einsatz der globalen Zivilgesellschaft für digitale Bürgerrechte
15 unterstützen sie und fordern ein Völkerrecht des Netzes.

Begründung

Mit dem sogenannten Sicherheitspaket stehen Sicherheits- und vor allem Überwachungsmaßnahmen im Raum stehen, die bisher undenkbar waren für eine Partei, die sich die Wahrung von Bürger*innenrechte auf die Fahnen geschrieben hat. Mit dem Sicherheitspaket werden erstmals Instrumente gewählt, die gegen unser Grundsatzprogramm von 2021 sowie den Koalitionsvertrag sind. Hier ist insbesondere das Instrument des Abgleichs biometrischer Daten mit öffentlich verfügbaren Bildern und Stimmen aus dem Internet. Alle, die jemals ein Bild von sich ins Internet gestellt haben oder von denen ein Bild ins Internet gestellt wurde, werden dann in Polizeidatenbanken für Abgleiche mit potentiell Verdächtigen geführt. Dabei wird nicht nur das Foto verwendet, sondern auch Audioaufnahmen.

Im Koalitionsvertrag schreiben wir dazu: „**Flächendeckende Videoüberwachung und den Einsatz von**

biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen wir ab. Das Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet ist zu gewährleisten.“

2021 hatten wir nach der Urabstimmung der Mitglieder diesem Koalitionsvertrag mit SPD und FDP noch vereinbart die Befugnis des Verfassungsschutzes zum Einsatz von Überwachungssoftware im Rahmen der Überwachungsgesamtrechnung überprüfen zu lassen, bevor solche Maßnahmen zum Einsatz kommen. Wir wollten Sicherheitsgesetze und deren Auswirkungen auf Bürgerrechte im Lichte der technischen Entwicklung einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation unterziehen und Normen für verantwortliches Staatenverhalten im digitalen Raum zu stärken. Bei der geplanten Vorfeld-Erfassung von persönlichen Daten solle der Ausnahmefall unbegründet zum Regelfall gemacht werden. So nähert sich das Sicherheitspaket mit großen Schritten hin zum "gläsernen Bürger".

Neben der Erfassung persönlicher Daten würde das Sicherheitspaket dem BKA ermöglichen sensible personenbezogene Daten massenhaft und ohne wesentliche Einschränkungen oder konkrete Schutzmaßnahmen an Dritte zur Entwicklung, Überprüfung, Änderung oder zum Training von IT-Produkten weiterzugeben. Es ist nicht auszumalen, was passiert, wenn Unbefugte Zugriff auf diese Daten erhalten.

In der Anhörung vom 23. September im Ausschuss für Inneres und Heimat wurde der Gesetzentwurf "zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" beraten und die Sachverständigen sind mehrheitlich nicht überzeugt, dass der Gesetzentwurf die Tat in Solingen hätte verhindern können. Es ist nicht klar, inwiefern der Gesetzentwurf die objektive Sicherheitslage in Deutschland tatsächlich verbessert.

Beunruhigend ist auch das Tempo mit dem im Hauruckverfahren ein Gesetz verabschiedet werden soll, welches auf verfassungs- und europrechtlichen wackligen Füßen steht.

Wir fordern daher, dass die Mitglieder des Bundestags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Berlin auf sich in aller Deutlichkeit gegen diese Maßnahmen in den Gesetzentwürfen des BMI zur Umsetzung des Sicherheitspakets vom 09.09.2024 ausspricht und den Gesetzen so nicht zustimmen, sondern stattdessen für eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik zu sorgen.